

Steffen Kampeter

- (A) Lage, 6 Milliarden Euro innerhalb eines Jahres einzusparen, sondern bricht vorsätzlich den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Wer konsolidieren und einsparen will, wer weniger Ausgaben will, der kann das auch durchsetzen. Diese Regierung möchte gar nicht konsolidieren, sie möchte ausschließlich Steuern erheben und ihre ideologischen Spielwiesen weiter finanzieren. Der Haushaltsbankrott ist hausgemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es sind das politische Versagen und die finanzpolitische Ignoranz, die unser Land in diese Situation geführt haben. Unser Land braucht daher dringend einen Politikwechsel. Vorerst aber muss festgestellt werden, dass sich die Gestaltungsfähigkeit dieser Regierung in faulen Kompromissen erschöpft, denen nur eines gemein ist: Sie sind teuer für unsere Bürger und sie schaden unserem Land.

Eines muss deutlich sein: Es ist weder die Flut noch der internationale Terrorismus, es ist nicht die Globalisierung und auch nicht die Opposition, es sind nicht der heiße Sommer oder die bösen Medien, die diese Lage herbeigeführt haben, es ist nahezu ausschließlich die rot-grüne Bundesregierung dafür verantwortlich. Deswegen mahnen wir einen Politikwechsel für unser Land an.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Dieser Politikwechsel muss vor allen Dingen auf dem **Arbeitsmarkt** stattfinden; dazu ist heute schon das Richtige gesagt worden. Er muss in einen Umbau des Sozialstaates mit mehr Eigenverantwortung münden; anders ist unser Sozialstaat nicht mehr zukunftssicher. W

Nur so werden die Unternehmen ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nachkommen.

Wenn der Kollege Müntefering hier sagt, er habe dafür gesorgt, dass die Ausgaben für das Meister-BAföG gestiegen sind, und dabei verschweigt, dass durch die Abschaffung der Handwerksordnung gleichzeitig die Ausbildungsgrundlage vieler Handwerksbetriebe zerschlagen wurde, dann zeigt das, wie wenig die Sozialdemokraten von den Zusammenhängen wirtschaftlichen Handelns in diesem Land verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Uwe Küster [SPD]: Sie stellen sich doch ein unheimliches Zeugnis aus! Von nichts Ahnung!)

W
rem Land bekämpfen. Klartext statt unerfüllbarer Versprechungen – das muss die Handlungsmaxime nicht nur in der Finanz-

Aus diesem Grunde hätten wir die Aussetzung der Haushaltsberatungen bis zum Abschluss der Beratungen des Vermittlungsausschusses für richtig gehalten. Jetzt müssen die Länder dafür Sorge tragen, dass das Finanzchaos nicht eintritt und Deutsch-

land vor den falschen Beschlüssen, die Rot-Grün kraft ihrer eigenen Mehrheit durch das deutsche Parlament tricksen will, geschützt wird. (C)

(Lothar Mark [SPD]: Was Sie erzählen, glauben Sie selbst nicht!)

W

la
bilität unserer Währung wiederherzustellen. Dazu bedarf es vor allen Dingen der Aufnahme der **Preisstabilität** als wesentliches Ziel in die EU-Verfassung. W

zen, relational-Kommission zuzugehen und zu einvernehmlichen Lösungen in der europäischen Finanzpolitik zu kommen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen: Allein mit der Bekämpfung des kriminellen Umsatzsteuerbet Man muss es nur wollen. Diese Regierung will nicht, sie will das Land in den Dreck fahren, weil ihr Kompass und Orientierung fehlen, die entsprechenden Dinge anzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, denken Sie an Ihre Redezeit.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss.

(Beifall bei der SPD – W
gitter] [SPD]: Gott sei Dank!)

Dieser Haushalt ist zum Schaden für Deutschland. Die Opposition alles Erdenkliche tun, um Schaden von unserem Land abzuwenden. Daher lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Merkel für die SPD-Fraktion.

Petra-Evelyne Merkel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Schwarzmalerei von Herrn Kampeter kommt jetzt etwas Erfreulicheres, nämlich der Bereich **Kultur**. Sie, Herr Kampeter, haben hier angekündigt, dass Sie mitmachen wollen. Sie haben die Gelegenheit gehabt – dazu komme ich später –, aber Sie haben gekniffen. Bei den Ausschussberatungen hätten Sie mitarbeiten können.

Ich finde, dass sich der Haushalt für den Kulturbereich, der beim Bundeskanzleramt angesiedelt ist, auch im Jahr 2004 sehen lassen kann. Der Haushalt der Be-

Weiss, ist im Vergleich zum letzten Etat erneut gestiegen, und zwar auf insgesamt über 900 Millionen Euro. Einige Schwerpunkte dieses Haushalts, die die rot-grüne Koalition setzt, möchte ich besonders hervorhe-

Petra-Evelyne Merkel

- (A) ben, weil sie belegen, dass Kultur für uns Priorität hat. Das heißt jedoch nicht, dass alles so bleibt, wie es ist. Auch hier sind **Reformen und Innovationen** gefragt.

Erstens. Die Mittel für die Bundeskulturstiftung sind um 12,8 Millionen Euro auf insgesamt 40,79 Millionen Euro aufgestockt worden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die letzte Stufe der jährlichen Erhöhung. W - ben damit die größte Kulturstiftung in Europa.

Zweitens. Der Titel „Investitionen für nationale Kul - t la - tionsvereinbarung entsprechend mit 6,1 Millionen Euro ausgestattet.

(Beifall bei der SPD)

Hier schaffen wir eine neue Struktur und können weit mehr leisten als die reinen Erste-Hilfe-Maßnahmen, die mit dem Programm „Dach und Fach“ möglich waren. So wird dieses Programm kompensiert. Die Erfahrungen von „Dach und Fach“ werden aufgegriffen und ergänzt.

Drittens. Das Programm „Kultur in den neuen Län - dern“ läuft aus. Das bedauere ich. Sicherergestellt ist jedoch, dass bereits begonnene Projekte fortgeführt werden können. So kann der Übergang gesichert werden, bis der Solidarpakt II im Jahr 2005 auch für den Kulturbereich greift. Außerdem steht mit der bereits erwähnten Bundeskulturstiftung ein neues kulturpolitisches Instrument für Projekte aus allen Bundesländern bereit.

- (B) Viertens. Wie immer werden auch kleine Projekte gefördert. So gibt es zum Beispiel 500 000 Euro mehr bei der Projektförderung „Leuchttürme Ost“, sodass die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz jetzt in der Lage ist, die historisch wertvollen Gebäude und Parkanlagen nach historischem Vorbild wieder herzustellen und zu erhalten und den Auftrag des Weltkulturerbes einzulösen.

Als ein Beispiel des Strukturwandels, den wir unterstützen und fördern, möchte ich Berlin herausgreifen. Im Rahmen des neuen **Hauptstadtkulturvertrages** fördert der Bund nun die gesamte Akademie der Künste; bisher förderte er nur das Archiv. Der Gesamtanteil der Beauf - t - nen Euro.

Auch bei der Stiftung Deutsche Kinemathek und dem Hamburger Bahnhof übernimmt der Bund künftig den Zuschussanteil Berlins. Insgesamt stellt der Bund dafür 23,9 Millionen Euro zur Verfügung. Vertraglich soll und wird geregelt werden, dass diese Entlastung des Berliner Haushalts dazu dient, die drei Berliner Opern zu erhalten. Die Errichtung einer Stiftung Berliner Opernhäuser mit dem einmaligen Bundeszuschuss von bis zu 3 Millionen Euro bietet eine große Chance. Denn nur durch diese neue Struktur ist der Erhalt der drei Berliner Opernhäuser möglich. Nicht nur als Berliner Bundestagsabgeordnete, sondern auch als Haushaltspolitikerin für den Kul - t . Weiss für ihr Engagement, eine neue Struktur in Berlin zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Mit dem großen Einsatz, den sie geleistet hat, hat sie vie - les vorangebracht und die Berliner Kulturpolitik unter - stützt. Ich hoffe sehr, dass die Erfahrung beispielhaft für die deutsche Theaterlandschaft genutzt werden kann. Denn das ist ein Impuls, der gesetzt werden soll, um bei - spielhaft eine Strukturänderung in anderen Bundeslän - dern zu initiieren.

Ich spreche von Kult - begriff etwas weiter fassen und ihn um die Streitkultur und die **Kultur des Umgangs** miteinander ergänzen. Die Politik, die wir machen, beschränkt sich nicht auf das, was sich in diesem Raum abspielt. Die Streitkultur -

nen und Opposition spiegeln sich – das sage ich insbe - sondere für die Zuschauer an den Fernsehschirmen und die Besucher hier im Saal – in den Berichterstatterge - sprächen, in der Ausschussarbeit und nicht zuletzt in den Plenarsitzungen wider. Ich bin der Überzeugung, dass wir mit unserer Diskussionskultur dafür sorgen müssen, unsere politische Arbeit verständlich, manchmal emotio - nal und manchmal sehr leidenschaftlich darzustellen – bei allen politischen Unterschieden. Im Grunde genom - men haben wir alle es in der Hand, wie wir für den Parla - mentarismus werben.

Die Berichterstattergespräche, in denen unter Aus - schluss der Öffentlichkeit mit den Ministerien, dem Rechnungshof und anderen die Etatberatungen vorberei - tet werden, sind in gewohnt sachlicher Atmosphäre ver - laufen. Das haben übrigens alle Kolleginnen und Kolle - gen im Haushaltsausschuss bestätigt. Was dann in den Sitzungen des Haushaltsausschusses stattfand, habe ich allerdings während meiner gesamten politischen Arbeit noch nicht erlebt.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU/ CSU, Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, wieso Sie eigentlich dabei waren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hubert Ulrich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben 283 Seiten Papier verbraucht, um 283 Anträge auf Beratung einzelner Titel vorzulegen. In jedem An - trag wurde großspurig Erörterungsbedarf festgestellt. Dieser Stapel Papier ist an alle Mitglieder des Haushalts - a lt worden. W - len sollte, war das nur eine Verschwendung von Papier und der Arbeitszeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbei - tern.

(W . Steffen Kampeter [CDU/CSU])

– Schütteln Sie nicht den Kopf, Herr Kampeter! Es ist unglaublich, was Sie uns vorgelegt haben. W - dacht „Jetzt geht es los, jetzt wollen Sie beraten“, aber danach kam nichts mehr.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**
Frau Kollegin Merkel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kampeter?

Petra-Evelyne Merkel (SPD):
Nein, ich komme gleich zum Schluss.

Sie haben Ihre Rolle als Opposition nicht genutzt, Herr Kampeter. Sie haben in diesem Jahr die Beratungen über die einzelnen Etats im Haushaltsausschuss schlicht verweigert.

Im Grunde genommen haben wir alle es in der Hand, wie wir für den Parlamentarismus werben. Sie von der CDU/CSU haben Ihre Chance vertan.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile dem Kollegen Steffen Kampeter das Wort zu einer Kurzintervention.

Steffen Kampeter (CDU/CSU):
Die Kollegin Merkel hat den falschen Eindruck erweckt, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht an den Haushaltsberatungen beteiligt hat.

(Zuruf von der SPD: Nur physisch!)

Dies muss richtig gestellt werden.

Wir haben in den Beratungen des Haushaltsausschusses selbstverständlich alle Titel intensiv geprüft,

(B) (Lachen bei der SPD)

a lichen Einnahmetitel über die nächsten Wochen hinaus Bestand haben wird. Denn am 19. Dezember werden hier im Deutschen Bundestag wahrscheinlich Änderungen am Etat in einem Umfang von 20 bis 30 Milliarden Euro vorgenommen werden müssen.

Wir haben deshalb die politische Entscheidung getatsächlich als Beschlussgrundlage zu akzeptieren. Das ist etwas völlig anderes als die Form der Arbeitsverweigerung, die die Kollegin Merkel dargestellt hat. Es ist vielmehr die politische Entscheidung, deutlich zu machen, dass der Etat, den Sie von der rot-grünen Koalition zu verantworten haben, eine Halbwertszeit von wenigen Wochen haben wird, bevor er durch Beschlüsse, die Sie ebenfalls zu verantworten haben, in einer Größenordnung von mehr als 10 Prozent verändert werden muss.

Insofern sind alle Bekenntnisse, die Sie heute zu einzelnen Haushaltstiteln ablegen, Makulatur. Sie stehen unter dem Vorbehalt der im Vermittlungsausschuss erzielten Ergebnisse. Das wollten wir mit unserem Verhalten deutlich machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Zur Erwiderung Frau Kollegin Merkel.

Petra-Evelyne Merkel (SPD): (C)

Herr Kampeter, Sie haben einen Zickzackkurs gefahren. Sie wussten nicht, was Sie wollen. Wenn Sie sagen, Sie seien als Parlamentarier nicht dazu in der Lage, diesen Haushalt zu beraten, weil Sie nicht wüssten, welche Ergebnisse im Vermittlungsausschuss erzielt werden, dann nehmen Sie Ih

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie eigentlich Erörterungsbedarf sehen, dann aber zu der politischen Entscheidung kommen, doch nichts zu erörtern, sondern lieber alles dem Bundesrat zu übertragen, dann nehmen Sie Ihre Aufgabe als Parlamentarier nicht wahr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werfe ich Ihnen vor. Sie werden dafür bezahlt und dazu sitzen wir hier stundenlang zusammen. Aber Sie sind dieser Aufgabe nicht nachgekommen. Das ist Ih

. Ich halte sie für schlecht; sie ist im Hinblick auf den Parlamentarismus ein absolut schlechter Stil.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Nun hat die Abgeordnete Petra Pau das Wort.

Petra Pau (fraktionslos): (D)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern erleben wir hier eine mächtige Debatte über den **EU-Stabilitätspakt**, die ihresgleichen sucht. Insbesondere die CDU/CSU übertrifft sich mit Kassandrarufern und beschwört geradezu das Ende des Abendlandes. Vielleicht glauben die Redner der CDU/CSU ja wirklich, was sie hier fundamentalistisch vor sich herbeten. Es klingt gefährlich, aber klug ist das alles nicht.

(Beifall bei der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Stabilitätspakt war schon umstritten, als Sie ihn zu Waigels Zeiten einführen halfen. Er ist seither nicht besser geworden. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, über neue Regeln nachzudenken,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Geld drucken!)

a

- deres: Rot-Grün und Schwarz-Gelb, die Regierung und die Opposition zur Rechten, führen die EU als Kronzeugen für ihre eigenen **Sozialabbaupläne** ins Feld und versuchen, ihre politische Verantwortung an die EU abzuschieben: SPD und Grüne entschuldigend, schließlich habe man ja schon gestrichen, was zu streichen sei, die CDU/CSU eher drängend, schließlich könne man noch viel mehr als bisla . Diesen Hang zur verantwortungslosen Tat aber lässt Ihnen die PDS im Bundesrat nicht durchgehen.